Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe einzusendender Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 267. Mittwoch den 24. September 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Bekanntmachung,
den Verkauf keimfreier Kindermilch betr.

Vom **1. Juli dieses Jahres** an wird in folgenden Apotheken:

Kreuz-Apotheke, hier, Bayerische Straße 2,
Albert-Apotheke, hier, Emilienstraße 1,
Apotheke zum weißen Adler, hier, Hainstraße 9,
Kurprinz-Apotheke, hier, Sternwartenstraße 12,
Homöopathische Central-Apotheke, hier, Thomaskirchhof 12,
Neue Börsen-Apotheke, hier, Hallesche Straße 12,
Hirsch-Apotheke, hier, Grimmaischer Steinweg 28,
Löwen-Apotheke, hier, Grimmaische Straße 22,
Mohren-Apotheke, hier, Eutritzscher Straße 1,
Nanstädter Apotheke, hier, Nanstädter Steinweg 27,
Sonnen-Apotheke, hier, Südplatz 1,
Salomonis-Apotheke, hier, Grimmaische Str. 17,
Germania-Apotheke, hier, Promenadenstraße 11,
Johannis-Apotheke in Leipzig-Reudnitz, Leipziger Str. 26,
Kronen-Apotheke, Leipzig-Gohlis,
Falken-Apotheke, Leipzig-Neuschönefeld,
Ost-Apotheke in Leipzig-Anger-Crottendorf, Wurzener Straße 3,
St. Georg-Apotheke, Leipzig-Neustadt,
Schiller-Apotheke, Leipzig-Gohlis,

gegen vorherige Bestellung keimfreie Milch zur Ernährung von Säuglingen nach dem Soxhlet'schen Verfahren und nach besonderen ärztlichen Anweisungen hergestellt und zu dem Preise von 5 ₰ für die Flasche, ausschließlich des Glases, käuflich geliefert werden.

Bei der Bestellung ist der Lebens-Monat, in welchem das zu ernährende Kind steht, anzugeben.

Die Lieferung der Milch erfolgt von dem der Bestellung folgenden Tage an.

Dem Publicum wird diese Einrichtung hiermit bekannt gemacht und zur Benutzung empfohlen.

Leipzig, am 4. August 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 4403. Dr. Trändlin. Krippendorff.

Die **Herstellung der Schleußen** der Straßen P, Q und R des Reudnitzer Bebauungsplanes zwischen der Nestitzstraße und dem Täubchenwege soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Schleußen in den Straßen P, Q und R"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 3. October 1890, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 16. September 1890.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 5161. **Straßenbau-Deputation.**

Holzauction.

Mittwoch, den **1. October** cr. sollen im Forstreviere Connewitz die unverkauft gebliebenen, jetzt trockenen Schirrhölzer und Reisiglanghaufen und zwar:

I. von **Vormittags 9 Uhr** an in Abth. 23 (Gautzscher Spitze)
ca. **40 Laubholzlanghaufen** und
II. von **Vormittags 11 Uhr** an in Abth. 35 (an der Leipzig-Plagwitzer Verbindungsbahn)
ca. **160 Rüstern-Schirrhölzer** und
40 Rüstern-Langhaufen

unter den im Termine näher anzugebenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: zu I. auf dem neuen Fahrwege durch die Gautzscher Spitze,
zu II. an der Kreuzung des Schleußiger Weges mit der Eisenbahn.

Leipzig, am 22. September 1890.

Des Raths Forst-Deputation.

Wohnungs-Vermiethung.

Im **3. Obergeschoß** des der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Hausgrundstücks **Sellier's Hof,** Reichsstraße 1, Grimm. Str. 5, ist vom **1. October dieses Jahres** ab **eine Wohnung gegen einhalbjährliche Kündigung** anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen, woselbst auch jede gewünschte Auskunft ertheilt wird.

Leipzig, am 22. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia 6666. Dr. Georgi. Wagner.

Die durch den Abgang des jetzigen Betriebsingenieurs für das städtische Gas- und Wasserwerk hier frei werdende Stelle soll bald anderweit besetzt werden; zu diesem Zwecke wird ein **praktisch erfahrener Gastechniker,** der, wenn möglich, auch den technischen Betrieb des Wasserwerks mit leiten kann, gesucht.

Neben freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung wird ein Anfangsgehalt von 3000 ℳ pro Jahr gewährt und soll die Anstellung zunächst auf 3 Jahre mit einer beiden Theilen freistehenden vierteljährigen Kündigung erfolgen; der zu wählende Beamte muß der städtischen Pensionscasse, an welche 1% des Gehaltes zu zahlen ist, beitreten und wird derselbe, wenn er acht Jahre im städtischen Dienste gewesen, nach Maßgabe des betreffenden Statuts, pensionsberechtigt.

Etwaige Meldungen sind nebst einem Lebenslauf und den erforderlichen Zeugnissen über die bisher verwalteten Stellungen und die Befähigung und Führung binnen spätestens drei Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ander einzureichen.

Persönliche Vorstellung ist erwünscht, desfallsige Reisekosten werden aber nicht vergütet.

Weimar, den 20. September 1890.

Der Gemeindevorstand Großh. Residenzstadt.
Der Oberbürgermeister.
Babst.

Bekanntmachung.

Die Erd- und Macadamisirungsarbeiten **im Täubchenweg** zwischen dem Gerichtsweg und der Feldstraße in Leipzig-Reudnitz und in den Straßen O, P, Q und R des Reudnitzer Bebauungsplanes sollen an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 0,75 ℳ, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Erd- und Macadamisirungsarbeiten im Täubchenwege und in den Straßen O, P, Q und R in Leipzig-Reudnitz"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 4. October 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 19. September 1890.

Ib. 5224. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Die irredentistische Bewegung in Italien.

Der Irredentismus ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen, welche die Geschichte aufzuweisen hat, er ist eine politische Verirrung seltsamster Art. Es giebt nämlich in Italien eine große Anzahl ernster Politiker, welche der Meinung sind, daß sich der Irredentismus sehr wohl mit dem Dreibund verträgt. Sie erklären den Dreibund für eine Nothwendigkeit zur Erhaltung des Friedens und des europäischen Gleichgewichts und geben sich dennoch darüber keiner Täuschung hin, daß ein Wahlsieg der Irredentisten zum Kriege gegen Oesterreich führen müßte. Eine solche Sorte von Gefühlspolitik, wie sie beispielsweise Menotti Garibaldi bei seiner Rede zur Feier des Einzuges der italienischen Truppen in Rom am 20. September 1870 zur Schau trug, ist ein Räthsel, vor dem wir etwa mit den gleichen Empfindungen stehen, wie vor der Forderung der spanischen Generale, Politik zu treiben und in das Parteitreiben einzugreifen. Menotti Garibaldi schloß sein Rede mit einer Verherrlichung des jungen blonden Märtyrers, der mit dem Worte „Italien" auf den Lippen für das Ideal des geeinten Italiens gestorben sei, und seine Zuhörer beantworteten die Apostrophirung Oberdank's mit einem begeisterten Hoch auf den Märtyrer für Italiens Einheit.

Die Regierung ist kaum in der Lage, sich darüber zu beklagen, denn sie hat bis vor Kurzem die Thätigkeit von Vereinen geduldet, welche mit dem Namen Oberdank einen förmlichen Cultus trieben. Auch der Finanzminister Seismit Doda wird sehr erstaunt gewesen sein, daß man ihm seine Zurückhaltung der irredentistischen Kundgebung in Udine gegenüber zum unverzeihlichen Fehler angerechnet hat, der seine Entlassung zur Folge haben mußte. Seismit Doda hatte nur Das gethan, was die meisten seiner Landsleute in gleichem Falle auch gethan hätten, und wer weiß, wie viele in hohen Aemtern befindliche Italiener die Prüfung auf Irredentismus ohne jede Einschränkung bestehen würden. Niemand kann seinen Ursprung verleugnen, und die Verhältnisse üben ihre Herrschaft über den Menschen jeder Zeit aus. Italien ist das Geschöpf der Revolution, der Staat leitet seinen Ursprung aus den Zügen Garibaldi's her, vorbereitet durch den Krieg des Jahres 1859, und dieser Ursprung haftet ihm noch heute an. Die monarchische Spitze mag in ihrer Weise fest begründet sein, den Grad von Macht, welchen eine Regierung eigentlich haben muß, hat die italienische Regierung nicht. Alles was sie thut, um der Macht des Königthums zur Geltendmachung zu verhelfen, geschieht immer nur versuchsweise und Schritt für Schritt. Crispi hat zwar schon Manches durchgesetzt, aber er geht trotzdem sehr vorsichtig zu Werke und unter Beachtung der Parteiverhältnisse. Italien genießt den Ruf eines freien Staatswesens und diesen Ruf ist die Regierung aufrecht zu erhalten bestrebt und genöthigt, weil sie bei Durchführung ihrer Aufgabe mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Eine italienische Regierung, welche den auf sie gesetzten Erwartungen entsprechen soll, muß den europäischen Frieden aufrecht halten, ein freundnachbarliches Verhältniß mit Frankreich anstreben, mit Oesterreich im Bündnißverhältniß stehen und doch nicht außer Acht lassen, daß in Triest und im Trentino die italienische Bevölkerung vorwiegt. Das Heer soll schlagfertig, die Verwaltung soll billig sein, Italien soll vollen Antheil an der Macht und an der Stellung nehmen, welche der Dreibund in der öffentlichen Meinung Europas genießt. Italien soll in allen Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung als Großmacht sein Gewicht in die Wagschale werfen, es soll weder in der orientalischen Frage die Initiative aufgeben, noch als Colonialmacht hinter anderen Mächten zurückstehen, mit einem Wort, es soll allen Anforderungen genügen, die man an eine Großmacht zu stellen berechtigt ist und soll doch der Zügellosigkeit den weitesten Spielraum gewähren. Zu allem Unheil tritt dann noch die Schwierigkeit, welche durch das Papstthum und seine Ansprüche dargestellt wird. Der Papst verlangt die Wiederherstellung seiner weltlichen Macht und wird dabei von den deutschen Katholiken unterstützt, obwohl Deutschland und Italien Verbündete sind. Das sind Widersprüche, die keine Macht der Welt, um wieviel weniger eine italienische Regierung zu lösen vermag.

Es ist auch unzweifelhaft, daß diese Schwierigkeiten allseitige Berücksichtigung finden, aber innerhalb dieser Schwierigkeiten ist doch ein sehr deutlich hervortretender Unterschied bemerkbar. Sie zerfallen in solche, welche in einer Jahrhunderte alten Entwickelung begründet sind und in solche, deren Beseitigung von dem guten Willen der Parteien abhängt. Zu der letztgenannten Kategorie gehört der Irredentismus. Der Berührungspunct zwischen Italien und Frankreich ist durch die Stammverwandtschaft gegeben, eine althergebrachte staatliche Mißwirthschaft läßt sich nicht durch die Bemühungen innerhalb zweier Jahrzehnte wieder ausgleichen, gesetzliche Zustände bedürfen der überkommenen Verwahrlosung gegenüber längerer Zeit, um sich einzuleben, eine demoralisirte ländliche Bevölkerung, welche durch den auf sie ausgeübten Druck die Selbstachtung verloren hat, kann erst allmälig der Civilisation wiedergewonnen werden, endlich ist das Papstthum eine Einrichtung, welche wegen ihrer Doppelnatur als politische und kirchliche Macht die vorsichtigste Behandlung erheischt — aber daß man an dem Bestandstande einer verbündeten Macht nicht rütteln darf, das sollte auch dem einfachsten Verstande einleuchten.

Italien legt auf die Bundesgenossenschaft Deutschlands den größten Werth, während ihm an der Freundschaft Oesterreich-Ungarns weniger gelegen ist. Das ist kein politischer Standpunct, weil ein Bund dreier Mächte für die Dauer nur bestehen kann, wenn die Theilnehmer ihre Verbündeten gleich hochschätzen. Das war es ja, was das X. Deutsche Bundesschießen in Berlin zu so hoher politischer Bedeutung emporhob, weil bei diesem Anlaß Deutsche, Italiener, Oesterreicher und Ungarn mit einander so freundschaftlich verkehrten, wie es Bundesgenossen zukommt. Was machen aber die Italiener zu Hause? Sie verherrlichen einen Mörder, weil er gleichzeitig Irredentist ist und schreien sich die Kehlen heiser nach Triest und Trient, als ob sie damit nur ihr gutes Recht ausübten. Ist das nicht thöricht, ja geradezu unfaßbar? Und dabei sehen die Italiener ein, daß sie Triest und Trient nur durch einen Krieg gegen Oesterreich erlangen könnten, also unter Preisgabe des Bundes, welcher den Bestand Italiens als Großmacht verbürgt. Derselbe Menotti Garibaldi, welcher an der Porta Pia Oberdank als Märtyrer für die italienische Einheit verherrlichte, würde es als ein Unglück für Italien ansehen, wenn dort jemals die Irredentisten die Oberhand erlangten, und doch schreckt er nicht davor zurück, die Volksleidenschaften für den Irredentismus zu erregen. Welcher Widerspruch, welche Begriffsverwirrung! In Mailand bekämpfen die Socialisten den Irredentismus der Radicalen, weil sie davon wirthschaftliche Nachtheile befürchten, und die Regierung unterstützt die Socialisten in diesem Kampfe. Was hilft aber solch kleines Mittel gegen eine Bewegung von der Macht des Irredentismus! Als Barzilai bei den römischen Gemeindewahlen unterlag, wurde diese Niederlage in Oesterreich als ein Sieg bezeichnet, jetzt stehen aber die allgemeinen Wahlen für die Kammer bevor, und es wäre nicht unmöglich, daß die Radicalen den Erwerb von Triest und Trient zur Wahlparole erhöben. Die Anzeichen dafür sind vorhanden, daß es geschehen wird, wenn auch die Regierung alles in Bewegung setzen wird, um dieses Unglück zu verhüten. Der Irredentismus ist der Regierung über den Kopf gewachsen, weil sie nicht rechtzeitig die geeigneten Maßregeln zu seiner Unterdrückung ergriffen hat. Diese Angelegenheit ist so wichtig, daß sie nicht ernst und eindringlich genug behandelt werden kann. Ein Zerwürfniß zwischen Oesterreich und Italien bedeutet einen verhängnißvollen Umschwung der internationalen Lage in Europa.

Leipzig, 24. September.

* Die Rückkehr des Kaisers von den Jagden in Oesterreich wird in der zweiten Octoberwoche erwartet. Bis zu dieser Zeit werden die im Entstehen begriffenen Arbeiten der Reichsämter für den Reichstag bezw. der preußischen Ministerien für den Landtag so weit gefördert sein, um bezüglich grundlegender Fragen der kaiserlichen Entscheidung unterbreitet zu werden. Es bleibt dann, so heißt es, immer noch Zeit genug, die Ausführung im Einzelnen bis zum Zusammentritt der Parlamente zu erledigen.

* Die an einen von freisinniger Seite geäußerten Wunsch anknüpfenden Gerüchte von der Erwägung einer Einführung der Reichs-Erbschaftssteuer entbehren jeder thatsächlichen Unterlage. Zwar würden einem solchen Gedanken verfassungsrechtliche Bedenken nicht entgegenstehen, um so entschiedener sprechen aber Gründe sachlicher Natur dagegen. Vor Allem muß in Betracht gezogen werden, daß einzelne Bundesstaaten die präcipuale Besteuerung des fundirten Einkommens gegenüber dem unfundirten kennen. In Bayern ist die durch eine verschiedene Bemessung der von den Erträgen von Vermögensstücken und denen einer persönlichen Arbeit zu ziehende Besteuerung erreicht. In Hessen dient diesem Zwecke die neben der allgemeinen Einkommensteuer erhobene Capitalrentensteuer. Eine Reichs-Erbschaftssteuer würde daher, abgesehen von den hinsichtlich der Veranlagung und Erhebung bestehenden erheblichen technischen Schwierigkeiten, verwirrend und störend auf die Landes-Besteuerung wirken und die ernste Gefahr unbilliger Doppelbesteuerung in sich schließen. Man wird daher in der Annahme nicht fehlgehen, daß eine Reichs-Erbschaftssteuer in maßgebenden Kreisen ernsthaft nicht erwogen und auch zum Gegenstande von Verhandlungen zwischen der Reichs-Finanz-Verwaltung und den Finanz-Verwaltungen der Bundesstaaten nicht gemacht ist.

* Der deutschfreisinnige Reichstagsabgeordnete Alexander Meyer, welcher in Kissingen von dem Fürsten Bismarck empfangen wurde und darüber in der „Breslauer Zeitung", deren parlamentarischer Correspondent er ist, einen Bericht veröffentlichte, läßt in der letzten Nummer dieses Blattes einen zweiten Artikel über seine Begegnung mit dem früheren Reichskanzler erscheinen, welcher die Ueberschrift „Bismarck's künftige Thätigkeit" trägt. Wir geben folgende Stelle aus diesem Artikel:

„Fürst Bismarck erklärte, er habe aufgehört, Beamter zu sein, aber er habe nicht aufgehört, Staatsbürger zu sein, und werde sich die daraus fließenden Rechte nicht nehmen lassen. Er werde seine Meinung äußern. Er könne sich nicht hinlegen und einen Winterschlaf halten, wie der Bär, der einen Winterschlaf hält und an seinen eigenen Tatzen saugt. Ein Mandat als Reichstagsabgeordneter anzunehmen, würde für ihn in vieler Beziehung einen großen Reiz haben. Allerdings hätten einige Zeitungen geschrieben, Bismarck auf der Rednertribüne des Reichstags werde eine seltsame Figur spielen; indessen scheue er sich vor dieser Rolle gar nicht. Nur ein Punct errege ihm Bedenken; wenn er ein Mandat übernehme, so übernehme er damit auch die Pflicht zu regelmäßiger Anwesenheit, wenigstens bei wichtigeren Abstimmungen, und das errege ihm Bedenken. Ein andauernder Aufenthalt in Berlin, das Wohnen in einem Hotel sei ihm zuwider, und so könne er einen festen Entschluß zur Zeit noch nicht fassen. Ganz anders verhalte sich die Sache mit seinem Sitze im Herrenhause; hier habe er keine neuen Verpflichtungen zu übernehmen, sondern er habe bereits Pflichten, von denen er nicht ablehe, wie er sich ihnen entziehen könne. Uebrigens seien in die Zusammenkünfte des Herrenhauses stets so selten und auf so wenige Tage beschränkt, daß die Bedenken, welche er gegen die Uebernahme eines Reichstagsmandates geäußert, in Wegfall kämen.

„Auf eine Frage, ob er noch Mitglied des Staatsrathes sei, erwiderte er, er sei aus allen seinen Aemtern entlassen, nur aus dem eines Mitgliedes und Vice-Präsidenten des Staatsrathes nicht. Aus diesem könne er auch nicht entlassen werden, denn die Mitglieder seien immobil. Sie könnten nur aus ähnlichen Gründen wie die Richter aus ihren Aemtern entlassen werden. Die Einberufung des Staatsrathes und seiner einzelnen Mitglieder hänge von dem Ermessen des Kaisers ab. Bei allen diesen Aeußerungen war der Fürst übrigens in einer sehr ruhigen, man kann sagen behaglichen Stimmung, die nichts von der Bitterkeit verrieth, die aus den Berichten über andere von ihm geführte Gespräche hervorklingt."

* Die „Kreuzzeitung" richtet an den Adel unter der Ueberschrift „Ein ernstes Wort" die folgende Mahnung:

An den Adel wenden wir uns heute, weil es Edelleute sind, die Berlin in jüngster Zeit mehrfach zum Schauplatze aufregender Vorgänge gemacht und dabei ein Verhalten beobachtet haben, welches sich mit den Anforderungen schlechterdings nicht deckt, die man an die Träger alter Namen mit vollem Recht stellt.

Das Einzelne berühren wir an dieser Stelle nicht. Die Gegner haben dafür gesorgt, daß es bekannt geworden ist: ihnen entgeht die Bedeutung nicht, welche die sittliche Unzulänglichkeit hochstehender Glieder der Gesellschaft für die Zersetzung derselben hat. Um so rückhaltloser geben wir dem Unwillen wie dem Schmerze Raum, die uns erfüllen, wo auf der anderen Seite schadenfroher Hohn bemerkbar wird.

Entschuldigen oder gar beschönigen läßt sich nichts. Dem milden Urtheil, das dem Christen in jeder Lebenslage ziemt, greifen wir nicht vor; als Organ der Oeffentlichkeit jedoch haben wir unsere Aufgabe anders zu verstehen. An den furchtbaren Ernst der Dinge gilt es zu erinnern, der uns aus Irrsinn und Selbstmord entgegenstarrt, wo es seinen Zweifel unterliegt, zumal, daß das Alles mit einem Leben ohne Kraft und Zucht zusammenhängt. Wenn große Vermögen am Renntage und im Spielclub schwinden, statt dem hohen Ziele sittlicher Erneuerung des Volkes nutzbar gemacht zu werden, wenn das Leben in elenden Liebeshändeln hinsiecht, die wohl einen Kahang, aber kein Ende haben, wenn jede That und jedes Wort nur für die Art des „ewig Blinden" zeugen — dann sind Die im Recht, die voll Ingrimm rufen: Fort mit diesen Drohnen, ihre Uhr ist abgelaufen: fort!

Dieser Ruf wird und muß in eben dem Maße stärker werden, als die höheren Stände, der Adel vor Allem, fortfahren, dem Drohnenthum seinen Nachwuchs zu liefern, das Beispiel unfruchtbarer Vergeudung der Kräfte fortzusetzen und die Erbitterung der Massen zu schüren, die selbst in den entlegensten Winkeln schon längst nicht mehr so harmlos sind, um sich des Gegensatzes nicht bewußt zu sein, der zwischen solchem Treiben und der Pflicht besteht.

Soll es denn immer dabei bleiben, daß aus der Geschichte nichts gelernt wird? Kaum hundert Jahre sind es her, als die Feudal-Monarchie und mit ihr Alles, was mit den Wurzeln seines Daseins noch am Mittelalter haftete, vor dem Ansturme des nach Gleichberechtigung strebenden „dritten Standes" jäh zusammenbrach. Kaum hundert Jahre, die Aeltern von uns erinnern sich der Zeit noch recht wohl, da man ihnen fast aus eigener Anschauung noch von den entsetzlichen Erfahrungen jener Reise erfüllten Tage zu erzählen wußte, und doch — ist es nicht, als ob Alles ganz umsonst gewesen wäre? Die „Fischen der Zeit" sind so unverständen, als sie jemals waren, Niemand kümmert sich um sie, aber man denkt im Stillen: Après nous le déluge.

Man braucht nicht der Ansicht zu sein, daß die soziale Revolution, die um so weniger ausbleiben wird, je dauerhafter sich diese leichtherzige Auffassung der Dinge erweist, dieselben gewaltsamen Formen annehmen müßte, welche der großen politischen Umwälzung eigen waren: an dem Wesen der Sache selbst und ihrem grundumstürzenden Charakter würde das jedoch nichts ändern.

Mit Zeitungsartikeln läßt sich der Lauf der Dinge nicht aufhalten; das wissen wir wohl. Für uns handelt es sich nur darum, zu thun, „was unseres Amtes ist", ob das nun Erfolg hat oder nicht. Was wir aber für Recht ansehen, das thun wir nicht halb. Deshalb rufen wir Allen, die es angeht, nochmals zu: Haltet ein auf diesem Wege, er führt uns Verderben.

Wir bemerken zu Vorstehendem, daß es sich um den Selbstmord des Grafen Schaumburg handelt.

* Die Tessiner Ultramontanen und ihr übriger Anhang in der Schweiz verlangen, daß man die Mitglieder der provisorischen liberalen Regierung verhafte und einkerkere; sie schreiben Tag für Tag, es sei höchst befremdend, daß dieselben frei herumgehen könnten. Dazu bemerkt ein Berner Berichterstatter der „Neuen Züricher Zeitung":

„Gäbe es nicht ein eidgenössisches Strafverfahren, sondern müßte die herrschende Partei im Tessin durch cantonale Organe die Untersuchung führen lassen, so wären die Genannten allerdings längst verhaftet. Nach Ansicht des Bundesanwalts und des eidgenössischen Untersuchungsrichters kann von der Verhaftung der Mitglieder der provisorischen Regierung keine Rede sein aus folgenden Gründen: 1) Sie sind keine gemeingefährlichen Verbrecher (die ultramontane Presse zwar nennt dieselben Briganti und Assassini). 2) Es besteht nicht die geringste Vermuthung, daß einer der Mitglieder der provisorischen Regierung daran denkt, die Flucht zu ergreifen, sie bleiben alle im Tessin. 3) Auch im Interesse der Untersuchung ist die Versetzung in Haft in keiner Weise erforderlich. Die Mitglieder der provisorischen Regierung machen kein Hehl aus ihren Handlungen, sie gestehen dem Untersuchungsrichter Alles offen ein. Die Verhaftung und Gefangensetzung der Angeschuldigten wäre daher eine eigentliche Strafe. Strafen dürfen aber die eidgenössischen Untersuchungsorgane nicht verhängen. Dies ist Sache des Richters. Dem Gesetzen gemäß hatten die Mitglieder der provisorischen Regierung auch keinerlei Caution zu leisten. Nöthigenfalls ist es neben Nachgelassen auch ein politisches Interesse, wenn die Ultramontanen so nachdrücklich die Gefangennahme ihrer Gegner fordern. Es wäre dies das einfachste, scheinbar legale Mittel, die liberalen Führer angesichts der bevorstehenden Agitation für die Revision der Staatsverfassung mundtodt und unthätig zu machen."

* Die belgische Kammer wird bei ihrem Zusammentritte durch die Forderung neuer Militaircredite überrascht werden. Dem Herrn General Brialmont genügen die vielfachen Festungsanlagen, welche im Maasgebiete gemacht wurden und noch im Baue sind, noch nicht. Er verlangt jetzt die Anlage mehrerer Sperrforts bei Huy. Hier soll eine Festung auf dem Platze des alten Römerlagers am Mont Corroy und eine andere, mit drehbaren Kuppeln erster Ordnung ausgerüstet, auf der Höhe von Falbize sich erheben. Die Pläne sind, wie das „Journal de Liége" mittheilt, längst fertig, „man hat aber davon nicht gesprochen, um das Land und die Kammer durch die Aussicht auf neue, schwere Militairlasten nicht zu erschrecken". Hoffentlich erschrickt die Kammer nicht und lehnt kurzer Hand diese Forderung ab. Belgien besitzt bereits zu viele Festungen und zu wenig Soldaten, die Anlage noch weiterer Befestigungen ist deshalb ganz unnöthig.

* In einer von der serbischen radicalen Partei abgehaltenen Versammlung legte Paschic das Programm für die Arbeiten der wiederzusammentretenden Skupschtina dar, welches auf eine Durchführung der politischen Reformen, namentlich zum Zweck der wirthschaftlichen Entwickelung des Landes, gerichtet sein müsse. Die radicale Partei wünsche, fügte Paschic hinzu, den Frieden mit allen Nachbarn und werde eine dargebotene Hand stets freundlich ergreifen.

* Die Gemeindewahlen sind in ganz Bulgarien in vollständiger Ordnung verlaufen. Ueberall wurden Anhänger der Regierung gewählt.

* In Kairo eingetroffene Nachrichten von den arabischen Cholerastätten lassen die sanitären Zustände der